

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 551

Mittwoch, 5. Februar 2014

21. Jahrgang

Vom Ringer zu einem der bekanntesten Menschenrechtsanwälte Guatemalas

Edgar Pérez war ein erfolgreicher Ringer griechisch-römischen Stils in seiner Heimat Guatemala. Aber die Schrecken des langen Bürgerkrieges in den 1980er Jahren haben sein Leben verändert und dazu geführt, dass er Menschenrechtsanwalt wurde – eine gefährliche Arbeit, die ihn sogar dazu zwang, internationale Begleitung durch peace brigades international zu ersuchen. Die ¡Fijáte!-Redaktion hat das BBC-Interview von Mathew Bannister mit Edgar Pérez, das unsere britischen FreundInnen von dem Guatemala Solidarity Network gepostet hatten, übersetzt und transkribiert. Es wurde am 29. Januar 2014 ausgestrahlt.

Wie kamen Sie zur Sportart Ringen?

Ich kam aus einem Armenviertel. Sport ist eine der wenigen Möglichkeiten, um da heraus zu kommen und ein wenig Schulbildung zu erhalten. Ich brachte dafür die richtige Statur mit. Ich bin relativ klein und kompakt. Daher war ich gut geeignet für das Ringen im griechisch-römischen Stil in der Gewichtsklasse 48 kg.

Sie sagen, Sie waren klein, aber sie müssen ja auch stark gewesen sein. Waren Sie ein guter Ringer?

Ja, ich denke schon. Ich war so gut, dass ich an Wettkämpfen teilgenommen habe, also auch reisen konnte. Vor allem in Zentralamerika, aber auch in Nordamerika. Dabei nahm ich mehr und mehr wahr, dass wir in Guatemala in einem grausamen Bürgerkrieg lebten.

Wie meinen Sie das, dass die Reisen Ihnen eine andere Sicht auf Guatemala gegeben haben?

Es war wohl im Jahr 1988/1989 als ich an einem regionalen Wettkampf in Mexiko teilnahm. Da haben mich mexikanische Ringer gefragt, 'wie lebt es sich mit dem Krieg in deinem Land?' Ich verstand die Frage erst mal nicht. Mir war einfach nicht so richtig bewusst, dass in meinem Land zwei feindliche Gruppen gegeneinander kämpften. Die Frage führte mich aber dazu, nachzuforschen, was eigentlich in meinem Land vor sich ging. Zu den Ringveranstaltungen kamen auch viele Guatemalteken, die in anderen Ländern lebten. Sie kamen auch zu den Wettkämpfen, um mit uns darüber zu reden, wie die Lage in Guatemala ist. Sie kamen aus allen Regionen und allen Schichten. Sie waren aus mir damals nicht ersichtlichen Gründen nicht in der Lage, in unser Land zurückzukehren. Durch diese Gespräche kam ich dazu, zu erforschen, was wirklich in meinem Land passiert.

Wann war der Moment, in dem Sie das wirkliche Ausmass des Geschehens realisierten, in welchem sich Ihr Land befand?

Nach dieser Episode – es war 1989 – ging ich auf die Universität San Carlos. 13 StudentInnenanführerInnen wurden entführt. Sechs wurden später ermordet aufgefunden, sieben blieben 'verschunden' und man weiss noch immer nicht, wo sie sind. Das brachte mich dazu, Menschenrechtsarbeit zu machen und nach meinem Jurastudium als Menschenrechtsanwalt zu arbeiten.

Inhaltsverzeichnis

Vom Ringer zu einem der bekanntesten Menschenrechtsanwälte Guatemalas.....	1
2013: Ein Rückschlag für die guatemaltekeische Demokratie..	2
Wenn nicht Mohnanbau, was dann?.....	4
Cacif gegen Volksabstimmung..	5
„Amnestie“ Rios Montts in Spanien kritisiert.....	5
Der Brand in der Spanischen Botschaft 1980 und ihre juristische Aufarbeitung.....	6
Sperisen in der Schweiz vor Gericht.....	7

Als Sie dann als Anwalt zugelassen waren, entschieden Sie sich, die Vertretung von Opfern von Menschenrechtsverletzungen zu übernehmen. Warum gerade diese Gruppe?

Das hatte wohl mit meinem Background zu tun. Ich kam ja auch aus einer armen Familie, so wie auch die meisten Opfer der Menschenrechtsverletzungen. Mir ging es aber nun sehr viel besser als ihnen, die während des gewaltsamen Bürgerkriegs so sehr gelitten hatten und auch danach noch leiden mussten. Bei vielen Opfern, die den Mayavölkern entstammten, war es so, dass sie wussten, wer die Angreifer, die Mörder waren, und wo ihre Angehörigen verscharrt worden waren. Aufgrund des Terrors, der herrschte, war es ihnen aber nicht möglich, die Gebeine ihrer Angehörigen zu erhalten und würdevoll zu beerdigen. So entschied ich 1997, mich für diese Menschen als Anwalt zu engagieren.

Sie haben bei Ihrer Arbeit mit ganz vielen schrecklichen Erlebnissen zu tun. Zum Beispiel die Geschichte eines Mannes namens Jesus, der Zeuge eines Massakers gewesen ist. Was hat er erzählt?

Seit 1997 arbeite ich mit den Opfern des Bürgerkrieges zusammen. Und dabei traf ich auch Jesus. Er ist Angehöriger des Volkes der Achí in Rio Negro. An diesem Ort hat es in der Zeit des Bürgerkrieges nicht weniger als fünf Massaker gegeben. Die Geschichte von Jesus hat mich stark beeindruckt. Er ist ein Held für mich. Bei einem der Massaker im März 1982 wurden 107 Kinder und 70 Frauen ermordet. 18 Kinder haben überlebt und wurden von den Militärs als Diener, als Sklaven verschleppt. Jesus gehörte zu denen, die ausgesucht worden waren, Diener zu sein. Er, der selbst 10 Jahre alt, hatte einen zweijährigen Bruder, für den er verantwortlich war. Die Militärs kamen also zu Jesus und sagten ihm, sie würden ihn als Diener mitnehmen. Jesus sagte ihnen, sie sollten auch seinen kleinen Bruder mitnehmen. Der Militär sagte, das ginge nicht, es gebe nur einen Raum für die Diener, und die Frauen könnten sich nicht um so kleine Kinder kümmern. Jesus flehte den Exekutor an, seinen kleinen Bruder nicht zu töten. Dieser aber ermordete ihn vor seinen Augen. Zwei Jahre lang arbeitete Jesus bei diesem Militär, bis seine Schwester ihn befreien konnte.

Was für eine schreckliche, schreckliche Geschichte. Was löste sie in Ihnen aus, als Jesus sie Ihnen erzählte?

Eine solche Geschichte wird jeden Menschen berühren. Ich habe ja viele solche Geschichten wie die von Jesus gehört, was mich aber am meisten beeindruckt hat, war, dass niemand der Opfer irgendeinen Groll gegen die Täter zeigte. Es ging Jesus darum, dem Land zu sagen, was Ihnen zugestossen ist. Er wollte durch die Exhumierung auch aufzeigen, wie ihre Angehörigen umgebracht worden sind. Es ging ihm vor allem um Gerechtigkeit, nicht um persönliche Vergeltung gegenüber den Tätern.

Sie haben als Opferanwalt den Prozess gegen Militärmachthaber Rios Montt angestrengt wegen seiner Beteiligung an den Gewaltexzessen. Er wurde ja im vergangenen Jahr tatsächlich verurteilt, später hat aber das Verfassungsgericht Guatemalas das Urteil aufgehoben, da Rios Montt einige Prozessrechte verweigert worden seien. Wie haben Sie auf dieses Urteil reagiert?

Das war natürlich hart und frustrierend. Aber wir hatten ja in den ganzen Jahren immer Steine in den Weg gelegt bekommen und hatten Hindernisse zu überwinden. Die ProtagonistInnen aber waren die Opfer selbst. Sie haben den Prozess angestrengt und sie werden ihren Kampf weiterführen.

Seit vielen Jahren werden Sie mit diesen schrecklichen Geschichten konfrontiert. Wie gehen Sie damit um? Was machen sie mit Ihnen auf der emotionalen Ebene?

Jeder, der in diesem Bereich arbeitet, weiß, dass er dabei ein hohes Risiko eingeht. Ich wurde bedroht, verfolgt, attackiert, erhielt Todesdrohungen. Natürlich hat das Auswirkungen auf die Psyche. Aber wenn dann ein Opfer zu mir kommt und sagt: „Danke dafür, was Sie für mich getan haben“, dann hebt das jede Angst vor Bedrohungen auf und gibt einem das Gefühl, dass die Risiken es wert sind.

2013: Ein Rückschlag für die guatemalteckische Demokratie

Fehlende Sicherheit, soziale Unruhen und ein Mangel an Rechtssicherheit kennzeichneten das Jahr 2013

Kommentar von Mike Allison auf Al Jazeera, 3. Januar 2014 [Einige neue Zwischenüberschriften wurden eingeführt.]

Guatemalas Präsident Otto Pérez Molina wurde im Oktober 2013 in Miami/Florida zu Lateinamerikas Handelsführer des Jahres 2013 gekürt. Die Consulting-Firma Latin Trade Group ehrte Molina dafür, dass er „die Aussenhandels- und Investitionsaussichten von Guatemala umgestaltet und das Land effektiv zu einem attraktiven Investitionsort in Lateinamerika gemacht hat“.

Zugleich wird Guatemala in dem jährlichen „Doing Business“-Bericht der Weltbank als eines der besten Reformer bei Handelsregulierungen im Jahre 2012/2013 erwähnt, da es die Hindernisse für die Unternehmensgründung reduziert, die Zulassungen von Infrastrukturmassnahmen verbessert und das Steuersystem vereinfacht habe. Es ist bedauerlich, dass die internationale Gemeinschaft Guatemala in einem Jahr mit Lob überschüttet, in dem deren Demokratie solche Rückschläge ertragen musste. Ich hoffe, dass Molina und die guatemalteckische Regierung und Wirtschaftselite sich eines Tages diese Preise verdienen werden, aber nicht für das, was sie 2013 abgeliefert haben.

Pressefreiheit?

Guatemala gehört zu den gewalttätigsten Ländern der Welt für JournalistInnen, das gilt auch für das Jahr 2013. Regierungsangestellte, Wirtschaftsbosse, Drogenschmuggler und Mitglieder der organisierten Kriminalität bedrohen häufig JournalistInnen. Vier JournalistInnen wurden ermordet. Die Webseite von *El Periodico* war Ziel von einigen Cyber-Angriffen und deren Präsident, José Ruben Zamora Marroquin, und seine ReporterInnen wurden aufgrund ihrer Recherchen zur Korruption in der Regierung bedroht. Eine dieser Recherchen behandelte den Ankauf eines millionenschweren Hauses mit Luxusgütern durch die Vizepräsidentin Roxana Baldetti. Die Angriffe haben kürzlich zugenommen, als Baldetti einen Prozess gegen Zamora angestrebte unter dem Vorwurf, dieser hätte Gewalt gegen Frauen begangen, da seine Zeitung sie bedrängte. Eine Richterin hat kürzlich die gesamte Presse angegriffen, als sie Zamora dazu verurteilte, die Vizepräsidentin nicht mehr „zu stören und zu belästigen“.

Laut UN gehört Guatemala zu den fünf Ländern, in denen die meisten Verbrechen gegen JournalistInnen in den vergangenen 20 Jahren begangen worden seien. Noch besorgniserregender ist, dass 2013 nach einem kürzlich erschienen Bericht der Nachrichtenagentur CERIGUA das schlimmste Jahr für die Pressefreiheit im Land war.

Diese fortwährenden Angriffe auf die Medienfreiheit zeigen, dass es ein unpassender Moment ist, jetzt Molina wegen des verbesserten Handelsklimas zu ehren. Es sei denn, diese Leute halten Meinungsfreiheit für nicht so wichtig.

Kriminalisierung sozialer Proteste und Verfolgung von MenschenrechtsaktivistInnen

Die Kriminalisierung der sozialen Proteste hat ebenfalls zugenommen, wenn RegierungsvertreterInnen und Unternehmensverbände Kampagnen für Menschenrechte, Landreformen, indigene Rechte und andere Kämpfe gegen Ungerechtigkeit als terroristisch bezeichnen. Die Schutzereinheit für MenschenrechtsverteidigerInnen (UDEFEQUA) zählte in den ersten acht Monaten des Jahres 2013 568 Angriffe auf MenschenrechtsverteidigerInnen, im ganzen Jahr 2012 waren es 305. 22 der Angegriffenen wurden in dieser Zeitspanne des Jahres 2013 ermordet.

Die Büros der Vereinigung für die Förderung der Sozialwissenschaften (AVANSCO) wurden im Januar 2013 überfallen, kurz bevor sie einen Bericht über die dunklen Zeiten der Polizeigeschichte im Land veröffentlichen wollten. Das Zentralamerikanische Institut für Studien über soziale Demokratie und das Privatbüro des UN-Spezialberichterstatters für das Recht auf Meinungsfreiheit, Frank La Rue, wurden im Juli überfallen, Computer und Dokumente entwendet.

Zunehmende Gewalt

Laut dem Meinungsfreiheits-Index IFEX, den die Universität von Texas herausgibt, ist die Zahl der Verletzungen der Meinungsfreiheit von 10 im Jahre 2010 auf fast 50 im September 2013 gestiegen. Guatemala gilt allgemein als das Land, in dem GewerkschaftlerInnen am gefährlichsten leben. So wurden in den letzten fünf Jahren 58 GewerkschaftlerInnen ermordet. Die Gewalt im Land droht die Handelsbeziehungen Guatemalas zu Europa und den USA scheitern zu lassen. Der Repräsentant der US-Handelskammer, Michael Froman, warnte kürzlich, dass, wenn Guatemala nicht einige Reformen innerhalb der nächsten sechs Monate einführe, die US-Regierung dann gezwungen sein könnte, ein Schiedsgericht wieder einzurichten, um die guatemalteckische Regierung dazu zu bringen, die ArbeiterInnenrechte zu schützen. Das Recht auf Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit wird bedroht und die Regierung hat kaum etwas getan, um diese Verbrechen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen.

Das Justizsystem hat sich verbessert ...

Auch wenn sich das Justizsystem seit dem Erscheinen der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG) 2007 und der Ernennung von Claudia Paz y Paz zur Generalstaatsanwältin im Jahre 2010 verbessert hat, gehört es zu den schwächsten in der westlichen Hemisphäre. Die Straffreiheit hat laut JustizmitarbeiterInnen in den letzten sechs Jahren von 90 % auf 70 % gesenkt werden können. Dennoch bedeutet das, dass auch weiterhin die meisten Verbrechen ungeahndet bleiben und dass die Polizei, Anwälte und Gerichtsangestellte häufig zu den Opfern zählen.

.... das Verfassungsgericht hat es wieder verunsichert

Die Verbesserungen im Justizsystem wurden überschattet von dem fragwürdigen Urteil des Verfassungsgerichts bezüg-

lich der Rücknahme der Verurteilung von Rios Montt wegen Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dieses Urteil löste grosses juristisches Chaos aus. Eine internationale Delegation von Anwälten zeigte sich besorgt, dass die Entscheidung des Verfassungsgerichts die Justiz eher verunsichert hat, was für InvestorInnen nicht gut ist. Rechtssicherheit ist etwas, was InvestorInnen benötigen, und das Urteil hat dazu nichts beigetragen. Es scheint so zu sein, als ob der Prozess erst im Januar 2015 weitergeführt werden wird, wenn überhaupt. Während des Montt-Prozesses, hatte ein Zeuge Präsident Molina angeklagt, an dem Genozid und den Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesen zu sein, da er damals in der Zeit des Höhepunktes der Grausamkeiten Major in Nebaj war. Allerdings hat diese Zeugenaussage eines ehemaligen Soldaten offenbar nicht so viel Gewicht für die internationale Gemeinschaft, als dass er diese Ehre beeinflusst hätte.

Das Bergbau-Moratorium des Präsidenten

Im Juli letzten Jahres erklärte Molina ein zweijähriges Moratorium für Minenkonzessionen. Diese Entscheidung hat die WirtschaftsvertreterInnen verärgert, da sie nur einen Monat nach einem erfolgreichen InvestorInnen-Gipfel in Guatemala verkündet wurde. Aber auch soziale Bewegungen waren nicht zufrieden, da sie skeptisch über die lauterer Motive des Präsidenten waren und frustriert sind über die physische Gewalt und die Gewalt gegenüber der Natur, die die vorhandenen Minen in Teilen des Landes verursachen.

Militär als Instrument gegen Korruption?

Die internationale Anerkennung kam, kurz nachdem der Präsident „gezwungen war“, die Armee zum Schutze von fünf Zollstationen abzukommandieren, wo Fälle von Korruption und Betrug offen gelegt wurden. Der Militarisierung der Zollstationen folgte der Ausnahmezustand in Gemeinden der Umgebung des Minenprojektes El Escobal im Mai. Während der Kampf gegen Korruption und die Lösung von Landkonflikten und Konflikten um die natürlichen Ressourcen zu den Prioritäten eines Präsidenten Molina gehören, so zeugt sein Vertrauen in die Armee davon, dass diese Kämpfe nur dazu dienen, die Demokratie und den Rechtsstaat auszuhebeln. Auch wenn der Krieg vorbei ist und das heutige Militär ein anderes ist als früher, gibt es wenige Anzeichen dafür, dass die Armee eine Institution ist, die sich der Demokratie und den Menschenrechten verpflichtet fühlt und sich einer zivilen Sicht auf die Dinge beugen würde. Die guatemalteckische Armee hat eine lange Korruptionsgeschichte, seit Beginn der Grenzziehung und dem Bau der Häfen. Dass jetzt die Armee für die Zollstationen zuständig ist, sollte die guatemalteckischen Menschen und die internationalen InvestorInnen mit Sorge erfüllen.

Sinkendes Vertrauen

Und schliesslich hatte der Präsident der Bank von Guatemala kürzlich davor gewarnt, dass der Vertrauens-Index des Landes im Jahre 2013 von 80 auf 36 % gesunken sei aufgrund der Ängste bezüglich der fehlenden Sicherheit, der sozialen Unruhen und dem Mangel an Rechtsstaatlichkeit für InvestorInnen. Was erkennt die internationale Gemeinschaft, was die GuatemalteckInnen nicht erkennen?

Mike Allison, Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaften an der Jesuiten-Universität von Scranton/ Pennsylvania. Er betreibt einen interessanten Blog zu Zentralamerika namens <http://centralamericanpolitics.blogspot.de/>

Wenn nicht Mohnanbau, was dann?

Guatemala-Stadt, 1. Feb. Mit der Suche nach wirtschaftlichen Alternativen für Familien, die aktuell noch vom Mohnanbau leben, beschäftigt sich die Nationale Kommission für eine Reform der Drogenpolitik, die gestern von Präsident Otto Pérez Molina eingerichtet worden ist. In seiner Ansprache zum Arbeitsbeginn der Kommission erklärte der Regierungschef, dass es verschiedene Gemeinden in San Marcos gebe, die Mohn anpflanzen, weshalb Ressourcen hätten eingesetzt werden müssen, um diese Pflanzungen zu vernichten. Dabei seien keinerlei Festnahmen vorgenommen worden, da diese Planungen verschiedenen EigentümerInnen gehört hätten, andernfalls hätte dies bedeutet, dass man die Hälfte der EinwohnerInnen der Gemeinden hätte festnehmen müssen. Noch im Dezember 2013 hatte er die Möglichkeit angedeutet, dass der Anbau von Mohn für pharmazeutische Zwecke erlaubt werden könnte.

„Es liegt in unserem Interesse, wirtschaftliche Alternativen für die Bevölkerung zu suchen. Das wird das wichtigste Thema unserer Arbeit sein“, sagte der Präsident der Kommission, Fernando Carrera bei der Veranstaltung, an der auch Innenminister Mauricio López Bonilla und unabhängige ExpertInnen aus verschiedenen Fakultäten zugegen waren.

Ein Lauf gegen die Uhr

Obwohl die Kommission bereits seit dem 2. Oktober vergangenen Jahres im Amt ist, bleiben jetzt nur noch wenige Monate Zeit, um ihren Bericht bis zum 31. August diesen Jahres fertigzustellen (wie es das Regierungsdekret 396-2013 festlegte). Carrera sagte, dass der Abschlussbericht Ende September präsentiert werde, und hoffe, dass es Ergebnisse geben werde, die dem wissenschaftlichen Stand entsprächen. Er fügte hinzu, dass die Mitglieder ehrenamtlich arbeiten, ihnen jedoch Verwaltungs- und operative Ressourcen (Telefone, Computer etc.) zur Verfügung stünden. Allerdings hätten sie auch internationale Hilfe angefordert, die belaufe sich auf bis zu 40.000 US-Dollar.

Die RegierungsvertreterInnen sagten, dass es zu der Vereinigung der Staaten Lateinamerikas und der Karibik Kontakte gebe, um eine einheitliche Position zu vereinbaren, die dann in einer ausserordentlichen Versammlung der Vereinten Nationen vorgestellt werden könnte, noch vor dem regulären Treffen mit den USA und Kanada im Jahre 2016. Bis dahin sollen verschiedene Studien erstellt werden, um zu diesem Ziel zu gelangen. (*Prensa Libre*)

Cacif gegen Volksabstimmung

Guatemala, 31 Jan. Das *Koordinationskomitee der Landwirtschafts-, Handels-, Industrie- und Finanzkammern* (Cacif) sprach sich am 30. Januar im Verfassungsgericht eindeutig gegen den vom Stadtrat von Jalapá angestrebten Vorschlag aus, Volksabstimmungen über Bergbauaktivitäten für bindend zu erklären.

Der Anwalt des Cacif, Mario Fuentes Destarac, erklärte dabei Folgendes: „Es ist nicht hinnehmbar, dass dies durch ein legislatives Referendum geregelt wird, also dass ein Volksentscheid über ein Projekt – ein Bergbauprojekt – entscheidet. Es ist die Aufgabe des Energie- und Bergbauministeriums, die Erforschung, Ausbeutung und Kommerzialisierung der Kohlenhydrate und der Minerale zu definieren.“ Der Anwalt erklärte den RichterInnen des Verfassungsgerichts, dass der Artikel 19 der Regelung über die Realisierung städtischer Volksabstimmungen (aus der Akte 74-07-10-2013), welchen die Stadt von Jalapá aufgriff, Elemente enthält, die nicht dem Handlungsrahmen der Stadträte entsprächen. Der Artikel sage nämlich aus, dass die Ergebnisse der Abstimmung für den Stadtrat bindend wären. Allerdings, so Destarac, erlauben die Stadtverordnungen nur, dass man über wirtschaftliche und administrative Fragen der Stadtgebiete einen Volksentscheid durchführen könne, nicht aber über Aspekte, die das Bergbaugesetz berühren.

Artikel 121 der Verfassung, so der Anwalt, definiere, dass bestimmte Mineralvorkommen im Boden dem Staat gehören und über deren Nutzung durch den Kongress verabschiedete Gesetze entschieden werde.

Der Anwalt erinnerte daran, dass die Verfassung eine Dezentralisierung der Verwaltung anstrebe, nicht aber die des Gesetzes. Daher, so der Cacif-Vertreter, müsse der Artikel 19 des Reglements als verfassungswidrig erklärt werden und könne nicht per gerichtlichem Entscheid für allgemeingültig erklärt werden.

Leonidas Guerra Calderón, Bürgermeister von Jalapá, gab an, dass „man der Stadtverordnung entsprach, als man die Abstimmung der BürgerInnen über den Bergbau durchführte. Diese fand am 10. November 2013 statt und 245'000 Personen stimmten gegen den Bergbau, 350 stimmten dafür. Das sind insgesamt mehr als 37 % der EinwohnerInnen. „Und die Stadtverordnung verlangt, dass mindestens 20 % der gemeldeten EinwohnerInnen abstimmen müssen, um den Entscheid für rechtskräftig zu erklären. Dieser ist bindend, wenn eine Mehrheit erreicht wird“, so der Chef des Stadtrats. (*Siglo 21*)

„Amnestie“ Rios Montts in Spanien kritisiert

Guatemala, 30. Jan. Die spanische Anwältin Sofia Duyos, Verteidigerin der Opfer des Völkermords, kritisierte am 30. Januar in Madrid, dass die Tatsache, dass der Prozess gegen den Expräsidenten José Efraín Ríos Montt wegen Völkermords annulliert wurde, einer faktischen Amnestie für Montt gleichkomme. Dies gab sie während einer Pressekonferenz in Erinnerung an den 34. Jahrestages des Brands in der Spanischen Botschaft in Guatemala an. Damals starben 37 protestierende BäuerInnen. Auch wenn das Urteil in dem Prozess gegen Rios Montt vom Verfassungsgericht annulliert wurde, so sei es doch ein historischer Schritt gegen die Straffreiheit und den Völkermord in Guatemala gewesen, so Duyos. In diesem Sinne, erklärte der ehemalige Botschafter Juan Pablo de Laiglesia, stelle die internationale Begleitarbeit vor Ort eine wichtige Unterstützung dar, um die guatemalteckische Gesellschaft ohne Einmischung von aussen zu unterstützen. Auch in Spanien läuft ein Prozess gegen die Militärspitze des Montts-Regimes von 1982-83, der von internationalen Haftbefehlen gegen deren Mitglieder begleitet wird. Allerdings sei ein Reformvorschlag bezüglich der universalen Gerichtsbarkeit in Spanien am Laufen, der eben jene universelle Rechtsprechung auf Null reduziere, so Duyos. Das würde direkt den Prozess vor dem spanischen National-Gerichtshof bezüglich Guatemala betreffen. (*Prensa Libre web/La Hora*)

Der Brand in der Spanischen Botschaft 1980 und ihre juristische Aufarbeitung

Guatemala, 3. Feb. Es ist nun 34 Jahre her, als der Sitz der damals von Botschafter Máximo Cajal geleiteten diplomatischen Vertretung Spaniens in Guatemala in Brand gesetzt wurde. 37 Personen starben dabei. Die guatemaltekeische Staatsanwaltschaft (MP) bereitet derzeit den bisher einzigen Prozess bezüglich dieses Falles vor. Derweil hoffen die Angehörigen der Opfer weiter auf Gerechtigkeit.

„Wir haben gebüsst, wir werden jeden Tag, jedes Jahr in unserem Leben weiterarbeiten, damit unsere Enkel und Nachkommen die Gerechtigkeit in Guatemala weiter entwickeln können“, sagte Rigoberta Menchú, Friedensnobelpreisträgerin von 1992 und Tochter eines der Opfer, Vicente Menchú Pérez, anlässlich des 34. Jahrestages des Brandes in der Spanischen Botschaft, bei dem 37 Personen starben.

Sicher ist, dass am 14. Oktober das Erste Tribunal B unter dem Vorsitz von Richterin Jeannette Valdés ein Urteil über das Strafverfahren mit dem Aktenzeichen 1980-00547 fällen wird. Der einzige Angeklagte ist Pedro García Arredondo, ex-Leiter des Kommandos Sechs der damaligen Nationalpolizei (PN), der angeklagt ist wegen Mord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und versuchten Mord an zwei Überlebenden des Brandes. In den Anhörungen wird die Staatsanwaltschaft die Aussagen von 12 GutachterInnen, 33 ZeugInnen, 8 Video- bzw. Audiobotschaften und etwa 200 Dokumente präsentieren. Des weiteren werden der spanische Botschafter und Rigoberta Menchú als ZeugInnen erscheinen.

Was auf das Gericht zukommt

Menchú, die als Nebenklägern des Strafverfahrens auftritt, glaubt, dass nach drei Jahrzehnten der Hoffnung auf Gerechtigkeit nun die Zeit ist, dass die Gerichte ihre Arbeit tun. „Das Massaker in der Spanischen Botschaft ist ein wichtiger Bestandteil der Erinnerung der Opfer, eine Erinnerung an den Genozid, an die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in Guatemala begangen wurden. Deshalb blicken wir am 31. Januar auf die 33 vergangenen Jahre der Gewalt zurück und ehren die Wahrheit der Opfer“, erklärte Menchú gegenüber der Zeitung La Hora. Die wissenschaftliche Zusammenstellung der Beweise für die Verbrechen seien Teil der zehnjährigen Ermittlungen des spanischen Nationalen Gerichtshofes. Sie wies darauf hin, dass dieses Ereignis, in dem ihr Vater starb, in direktem Zusammenhang mit dem Genozid stehe und dass diese Tatsache sich in der Anhörung zeigen werde. Allerdings sei es eine Schwäche des Prozesses, dass dort versucht werde, dieses Verbrechen auf einen einzigen Angeklagten zu schieben. Sie erklärte auch, dass nicht Rache oder Hass ihr Motiv sei. „Es gehört zu unserer Verpflichtung, dass alle Opfer und ihre Angehörigen Teil des Verfahrens sein werden. Wer seine Aufgabe erfüllen muss, ist das Justizsystem Guatemalas, die unsere ist es, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln mit ihm zusammenzuarbeiten.“

Die Guten und die Bösen

José González Yos war eines der Opfer des Brandes. Sein Bruder Francisco González, ebenfalls Mitglied des Komitees der Einheit der BäuerInnen (CUC), erinnert sich an ihn als eine Person, die seit frühester Jugend von einem Sinn für Gemeinschaft und Solidarität beseelt war. „Schon von klein auf begann mein Bruder, auf den Fincas zu arbeiten und er wurde dort mit der massiven Ausbeutung der Frauen und Männer konfrontiert. Deswegen wurde die CUC gegründet.“ Ein anderer Bruder, Rafael, erinnert sich daran, dass José Mitglied der Aktionsgruppe war, die in die Spanische Botschaft gehen wollte, um dort von den Autoritäten gehört zu werden, damit diese die Massaker verhindern und all die Morde und Repression untersuchen würden, die in den Gemeinden im Quiché geschahen. Der 31. Januar 1980 lief jedoch anders ab als gedacht. Die Stimmen der BäuerInnen wurden nicht gehört. „Wir hörten im Radio, dass Polizei und Militär die Botschaft eingenommen hatten und in Brand steckten. Es war so traurig und schmerzhaft, wir konnten das kaum glauben.“ Gegenüber „La Hora“ sagte Rafael, dass selbst nach Jahrzehnte seine Stimme noch immer stocke, wenn er an seinen Bruder denke und die Art und Weise, wie er starb. Aber er erkenne zugleich, dass das Geschehen ihn anregte, sich für die Menschen in Quiché einzusetzen, den Kampf fortzuführen, damit diese Misshandlungen der indigenen Bevölkerung in den Kriegszeiten beendet werden würden.

Kein Platz für Blumen

Ähnliches berichtete Emilia Sequén, die Ehefrau von José. Schmerzhaft war für sie als Hinterbliebene, dass sie ihren Ehemann nicht an einem würdevollen Ort besuchen konnte. „Sie beerdigten ihn zusammen mit all den anderen, die in der Spanischen Botschaft ums Leben kamen, auf dem Allgemeinen Friedhof der Hauptstadt, aber wir erfuhren niemals, wo genau. Niemals konnten wir Blumen oder Kerzen irgendwo aufstellen. Wir durften auch nicht sagen, dass sein Kampf gerecht war und er ein großes Vorbild für seine Kinder war und für alle, die von einer besseren Zukunft träumen.“ Sie ging in dem Gespräch auch auf ihr Leben als Witwe ein: „Ich arbeitete wieder auf den Feldern der Fincas, und meine Kinder konnten nicht in die Schule gehen, was mich sehr traurig macht, da sie ja keine Schuld haben“.

Am Ende des Gesprächs versichert Emilia Sequén, dass sie in alle den Jahren niemals den Kampf vergessen habe, den ihr Mann über viele Jahre geführt habe und für den er sein Leben gab.

Laut Verteidigung des Angeklagten war alles ganz anders

Die Beweise der Staatsanwaltschaft würden zeigen, dass die damaligen Ereignisse in der Spanischen Botschaft ein Produkt von Umständen gewesen seien, und nicht das Ergebnis eines Befehls von Autoritäten. Das ist die Hypothese des Anwaltes von Garcia Arredondo, Moisés Galindo (der, wie ¡Fijáte!-LeserInnen wissen, auch Anwalt von Rios Montt war). Er werde – so versichert er – anhand der Indizien der Staatsanwaltschaft die Unschuld seines Mandanten beweisen. Galindo ist der Ansicht, dass der Prozess „politisiert“ werde, was einen Druck auf die Richterinnen, die zu einem Urteil kommen müssten, erzeuge. „In Wirklichkeit und rein juristisch betrachtet gibt es genügend Beweise dafür, dass die Ereignisse von der CUC geplant wurden, um von Personen der guatemaltekischen Intelligencia und Diplomatie als Geisel wahrgenommen zu werden“, meint Galindo und fügt hinzu, dass sein wichtiges Argument für diese These sein werde, dass Mitglieder der CUC ein Molotov-Cocktail inmitten des Botschaftssitzes gezündet und so zum Brand und seinen Folgen beigetragen hätten. Zugleich erklärte er, dass es innerhalb dieses Falles eine Reihe weiterer offener juristische Fragen gebe, die beantwortet werden müssten.

Der Fall des Brandes in der Spanischen Botschaft ist einer der Prozesse, die derzeit in Verbindung mit einigen älteren Vorgängen bearbeitet werden. Vor 30 Jahren begann ein Friedensrichter an dem Ort, an dem 37 Personen verbrannt und in den Trümmern begraben wurden, eine erste juristische Ermittlung der Ereignisse. Zu diesen Auszeichnungen wurden weitere Folianten aus den Ermittlungen der letzten 30 Jahre hinzu. Der Prozess wird in diesem Jahr zu Ende gehen, wenn am 14. Oktober die Richterinnen Jeannette Valdés, Sara Yoc Yoc und Eugenia Martínez ein Urteil sprechen werden über einen Fall, der zwischen den beteiligten Personen besonders umstritten ist. (*La Hora*)

Sperisen in der Schweiz vor Gericht

Guatemala, 13. Jan. Die Staatsanwaltschaft von Genf gab am 12. Januar bekannt, dass Erwin Sperisen, Ex-Direktor der Nationalen Zivilpolizei in Guatemala von einem Schweizer Strafgericht der Prozess gemacht werden wird. Sperisen, der die doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, wurde im August 2012 in Genf festgenommen. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt ihn der Planung, Anordnung und Ausführung der Ermordung von 10 Häftlingen. Die Morde geschahen zwischen den Jahren 2004 und 2007, als Sperisen Polizeichef war. Seit August sass er in Haft, hat 11 Mal ausgesagt und jedes Mal auf seiner Unschuld bestanden. Aufgrund seiner Schweizer Staatsbürgerschaft beantragte die Genfer Staatsanwaltschaft, über ihn in der Schweiz zu verhandeln und verlangte ein Strafmass von mehr als 10 Jahren Gefängnis. Claudia Paz y Paz, Generalstaatsanwältin in Guatemala, gab an, dass der Prozessbeginn gegen Sperisen in der Schweiz ein positives Zeichen sei. „Er wurde nicht an Guatemala ausgeliefert, weil er die Schweizer Staatsbürgerschaft besitzt. Aber wir glauben, dass es ein positiver Schritt Richtung Gerechtigkeit ist, dass er nun vor Gericht steht“. (*El Periódico*)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6